

06.09.2011 – PM 69/2011

Rentendialog

IG BAU fordert ehrliche Analyse zur Zukunft der Rente

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert von der Bundesregierung eine ehrliche Analyse des Verarmungsrisikos für Ältere. „Der Regierungsdialog Rente muss ergebnisoffen und transparent geführt werden“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiesehügel anlässlich der morgen (*für die Red. 7.09.2011*) beginnenden Gespräche zur Zukunft der Rente. „Wer bereits jetzt schon Vorschläge für ein stabiles Alterseinkommen als nur ‚bedingt geeignet‘ abmordiert, setzt sich dem Verdacht aus, dass er nur einen Alibi-Dialog will, um die schon vorgefasste Position der Bundesregierung zu untermauern“, sagte Wiesehügel in Richtung der Bundesarbeitsministerin, Ursula von der Leyen. Ihr Ministerium hatte vergangene Woche die Rente nach Mindesteinkommen als nur bedingte Maßnahme gegen Altersarmut bezeichnet.

Zu einem ehrlichen Dialog gehört aus Sicht der IG BAU eine differenzierte Betrachtung der Situation von Älteren nach Branchen und Berufen. So müssen etwa deutlich mehr Beschäftigte am Bau aus gesundheitlichen Gründen aus dem Berufsleben ausscheiden als im Durchschnitt aller Berufe. Im Jahr 2010 war jeder vierte Neurentner ein Erwerbsminderungsrentner. Die Betroffenen erhielten gerade einmal 640 Euro pro Monat.

Die Brisanz ist in der Baubranche ungleich höher. Betrachtet man nur die Arbeitnehmer aus Bauberufen lag die Zahl der Erwerbsminderungsrentner doppelt so hoch. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass längst nicht jeder Antrag auf Erwerbsminderungsrente genehmigt wird. Im vergangenen Jahr wurden nur gut die Hälfte der Anträge bewilligt. Wessen Antrag nicht akzeptiert wird, der rutscht vor Erreichen der Altersrente meist in die Langzeitarbeitslosigkeit ab. Als Hartz-IV-Empfänger hat er keine Chance auf den Erwerb nennenswerter Rentenansprüche mehr. Die schwarz-gelbe Koalition hat die Beitragszahlungen für ALG-II-Bezieher abgeschafft.

„Menschen, die sich kaputtgearbeitet haben, dürfen am Ende nicht die Dummen sein“, mahnte WieseHügel. „Die Regierung muss die viel zu strengen Zugangskriterien endlich entschärfen und gleichzeitig die Höhe der Erwerbsminderungsrente anheben.“

(2112 Zeichen)